

**abgeschlossen am
19. Dezember 2003**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Medikamenten-Zusatzversicherung	1
2. Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 unterzeichnet	3
3. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet	4
4. Demokraten blockieren Energiegesetz im Senat	5
5. Reform der Wahlkampffinanzierung verfassungskonform	6
6. John Breaux kündigt Rückzug aus dem Senat an	7
7. Al Gore unterstützt Nominierung von Howard Dean	7

12/2003

1. Congress verabschiedet Medikamenten-Zusatzversicherung

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende November 2003 mit knappen Mehrheiten der Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung unter Medicare, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke zugestimmt.

Präsident Bush, der den Congress wiederholt zur Annahme der umstrittenen Gesetzesvorlage aufgefordert hatte (vgl. CR 11/2003, S. 4), begrüßte die Verabschiedung und unterzeichnete das Gesetz in einer öffentlichen Zeremonie am 8. Dezember.

Im Repräsentantenhaus stimmten 220 Abgeordnete für das Gesetz und 215 dagegen. Der republikanischen Mehrheit schlossen sich 16 Demokraten an. 25 Republikaner sowie der unabhängige Abgeordnete Bernie Sanders (I-Vt.) stimmten mit der demokratischen Fraktion gegen die Vorlage.

Der Senat verabschiedete die Zusatzversicherung mit 54 Stimmen, darunter der unabhängige Senator James Jeffords (I-Vt.) und 11 Demokraten. Gegen die Vorlage stimmten 35 Demokraten und 9 Republikaner. Joe Lieberman (D-Conn.) und John Kerry (D-Mass.) blieben der Abstimmung fern.

Den republikanischen Parteiführungen im Congress gelang es – ungeachtet der persönlichen Unterstützung Bushs – nur mit großer Mühe, die notwendigen Mehrheiten zu sichern.

Das galt vor allem für das Repräsentantenhaus, wo *Speaker* Dennis Hastert (Ill.) angesichts einer sich abzeichnenden Niederlage die auf 15 Minuten angesetzte Abstimmung nahezu 3 Stunden lang offen hielt. Erst kurz vor sechs Uhr morgens gelang es der Parteiführung die „Revolte“ konservativer Fraktionsmitglieder unter Kontrolle zu bringen und eine Reihe von Abgeordneten umzustimmen.

Im Senat konnte *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) ebenfalls erst nach zähen Verhandlungen die Gegner des Gesetzes in den eigenen Reihen dazu bewegen, für ein Ende der Debatte zu stimmen und damit ein *Votum* über ein *Filibuster* der Demokraten herbeizuführen.

Die liberalen Demokraten, die unter Führung von Senator Edward Kennedy (Mass.) versuchten, die Verabschiedung der Zusatzversicherung zu blockieren, kritisierten vor allem die grobe Vorgehensweise der republikanischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus scharf und kündigten an, sich für eine schnelle Überarbeitung des neuen Bundesprogramms stark machen zu wollen.

Ungeachtet der Vorbehalte unter konservativen Fraktionsmitgliedern feierten die Republikaner die Annahme der seit mehreren Jahren debattierten Zusatzversicherung als großen Erfolg für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke. Politisch gilt die Ein-

führung der Medikamenten-Zusatzversicherung als wichtiger Etappensieg für Präsident Bush in seinen Bemühungen um eine Wiederwahl 2004.

Die Einführung der Medikamenten-Zusatzversicherung ist die erste strukturelle Reform des seit Mitte der 1960er Jahre bestehenden Medicare-Programms.

In den ersten zehn Jahren

- sollen hierfür bis zu 400 Mrd. USD an Bundeszuschüssen zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausgaben in der zweiten Dekade werden bereits jetzt mit über 1.000 Mrd. USD veranschlagt.

Bemerkenswert ist, dass sich die Zusatzversicherung in der verabschiedeten Form weit von den ursprünglichen republikanischen Vorstellungen entfernt hat. Das zunächst von Präsident Bush vorgeschlagene Einzelstaaten-Programm, das mit Hilfe von Bundes-subventionen attraktiv gestaltet werden sollte, wurde nie ernsthaft diskutiert.

Auch die von den republikanischen Fraktionen im Congress geforderte Koppelung der Zusatzversicherung an einen Wechsel der *Medicare*-Versicherten zu privaten Anbietern konnte nicht durchgesetzt werden. Als zeitlich und regional begrenztes Testprogramm, an dem die Teilnahme freiwillig ist, fand dieses Konzept am Ende nur symbolische Berücksichtigung.

Als Zugeständnisse an konservative Mitglieder des Congress sind vor allem erhöhte Subventionen für *Medical Savings Accounts* (MSAs), steuerbegünstigte Individualsparkonten für privat krankenversicherte Bürger, sowie für *Health Maintenance Organizations* (HMOs) zu werten. Letztere haben sich allerdings in den letzten Jahren zusehends aus dem Versicherungsmarkt für Senioren zurückgezogen.

Gesundheitsexperten erwarten, dass die Einführung der unter dem jetzt beschlossenen Gesetz explizit untersagten staatlichen Preiskontrollen für Medikamente angesichts der anhaltenden Kostenexplosion nur eine Frage der Zeit sind.

Ungeachtet der substanziellen Zugeständnisse der Republikaner betonen die Demokraten, dass das neue Programm erhebliche Deckungslücken aufweist. Als entscheidendes Manko wird vor allem gesehen, dass den Versicherten eine Übernahme von Medikamentenausgaben bis zu 3.600 USD jährlich zugemutet wird, bevor der Versicherungsschutz voll greift.

Die Medikamenten-Zusatzversicherung wird allerdings erst 2005 und damit nach den anstehenden Congress- und Präsidentschaftswahlen greifen. Wie das neue Programm von den Begünstigten angenommen wird, bleibt bis dahin offen.

2. Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 unterzeichnet

Präsident Bush hat am 24. November 2003 das Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 (*Fiscal Year 2004 Defense Authorization*) mit seiner Unterschrift versehen, nachdem die Verhandlungsführer von Repräsentantenhaus und Senat im Vermittlungsausschuss zuvor 147 Tage über die Gesetzesvorlage verhandelt hatten.

Im Rahmen der jährlichen *Defense Authorization* entscheidet der Congress der Sache nach über die Rüstungspolitik der Vereinigten Staaten, wobei im Vermittlungsausschuss u.a. zwei Themenbereiche lange Zeit umstritten waren.

Zum einen hatte Duncan Hunter (R-Cal.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, mit einem sogenannten Buy America-Passus versucht, die Beschaffung von Rüstungsgütern ausschließlich an amerikanische Anbieter zu koppeln. Dies war im Weißen Haus, im Außenministerium, im Verteidigungsministerium, im Büro des US-Handelsbeauftragten und auch bei John R. Warner (R-Va.), dem Vorsitzenden des *Senate Armed Services Committee*, auf Ablehnung gestoßen. Während Hunter am Ende für sich beanspruchte, dass die Grundlagen für eine rein amerikanische Rüstungsindustrie und Rüstungsbeschaffung gelegt worden seien, verwies Senator Warner auf die Ausnahmenliste, die 70 Länder umfasse.

Ein zweiter Streitpunkt im Vermittlungsausschuss betraf die Beschaffung von 100 Tankflugzeugen des Typs 767 der Firma Boeing, die nach dem Willen der Luftwaffe gemietet werden sollten, um Kosten zu senken. Kritiker wie Senator John McCain (R-Arz.) kritisierten den vorgesehenen Genehmigungsumfang in Höhe von fast 30 Mrd. USD als zu teuer und verlangten stattdessen den billigeren Kauf der Flugzeuge durch das Pentagon. Am Ende einigten sich die Verhandlungsführer beider Kammern im Vermittlungsausschuss darauf, 20 Tankflugzeuge zu leasen und die restlichen 80 zu kaufen, wodurch eine Kostenersparnis von ca. 4 Mrd. USD erzielt werden soll.

Darüber hinaus einigte man sich im Vermittlungsausschuss zur *Defense Authorization Bill 2004* u.a. darauf,

- 1,2 Mrd. USD für den Bau eines neuen nuklearbetriebenen Flugzeugträgers im Rahmen des sogenannten *Carrier Replacement Program* zu genehmigen;
- 2,5 Mrd. USD für den Bau eines neuen nuklearen Angriffs-U-Bootes der Virginia-Klasse zur Verfügung zu stellen;
- der Beschaffung von 12 Trident II-Atomraketen grünes Licht zu erteilen;
- 9,1 Mrd. USD für *Ballistic Missile Defense* zu genehmigen;
- den Bau des neuen F-35-Kampfflugzeuges zu forcieren und darüber hinaus die Beschaffung von 42 F/A-18- und 42 F/A-22 Kampfflugzeugen zu autorisieren;

- Mittel für Forschungsarbeiten an sogenannten bunkerbrechenden Nuklearwaffen (robust nuclear earth penetrator weapons) bereit zu stellen;
- zwei weitere Hybrid-Flugzeuge des Typs V-22 Osprey zu beschaffen, obwohl das Programm seit vielen Jahren im Pentagon selbst höchst umstritten ist. So hatte Ende der achtziger Jahre der damalige Verteidigungsminister Cheney dafür plädiert, auf den Bau des V-22 Osprey zu verzichten.

3. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet

Der republikanisch kontrollierte Congress hat seine Haushaltsbewilligung für das Fiskaljahr 2004, das rechnungstechnisch am 1. Oktober begonnen hat, vor dem Ende der Sitzungsperiode am 8./9. Dezember nicht mehr abschließen können.

Stattdessen wurde ein weiterer Überbrückungshaushalt (*Fiscal Year 2004 Continuing Resolution*) verabschiedet, der die Arbeit der Bundesbehörden zunächst auf der Höhe des Vorjahres bis zum 31. Januar 2004 in den Bereichen

- *Agriculture,*
- *Commerce, Justice, State and the Judiciary,*
- *District of Columbia,*
- *Energy and Water Development,*
- *Labor, Health and Human Services, and Education,*
- *Transportation and Treasury* sowie
- *Veterans, Housing, NASA and EPA*

fortschreibt.

Versuche der Republikaner, den Haushaltsbewilligungsprozess im Rahmen einer Sammelbewilligung (Omnibus Spending Bill) doch noch vor dem Ende der ersten Sitzungsperiode des 108. Congress abzuschließen, um sich nicht dem Vorwurf der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit und Effizienz in der Entscheidungsfindung auszusetzen, scheiterten am Widerstand der Demokraten.

Senate Minority Leader Tom Daschle (D-S.D.) bezeichnete die *Omnibus Bill* als eine Art „Frankenstein Monster“, in das unzählige Zusätze eingebaut seien, die seine Fraktion nur sehr schwer überprüfen könne. Entsprechend blockierte er die Entscheidungsfindung mittels *Filibuster*, während sich das Repräsentantenhaus mit 242:176 Stimmen für die Sammelbewilligung aussprach.

Die Republikaner im Senat wollen nun nach der Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit des Congress am 20. Januar 2004 eine sogenannte *Cloture Vote* herbeiführen, um die Haushaltsbewilligung 2004 abschließen zu können. Dafür benötigen sie laut Ge-

schäftsordnung der Kammer mindestens 60 Stimmen, also neun mehr als jene 51, über welche die republikanische Fraktion derzeit verfügt.

4. Demokraten blockieren Energiegesetz im Senat

Der republikanischen Senatsführung um *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) ist es Ende November 2003 nicht gelungen, noch vor Beginn der Sitzungspause des Congress eine 60-Stimmen-Mehrheit für eine Beendigung der Debatte über das seit knapp zwei Jahren diskutierte Energiegesetz (House Resolution 6) zu mobilisieren, welches die Demokraten mittels *Filibuster* blockiert hatten.

Das Repräsentantenhaus hatte die auf Vorschlag Präsident Bushs ausgearbeitete Gesetzesvorlage, die darauf abzielt, die Infrastruktur im Bereich der Energieversorgung zu modernisieren, Mitte November mit 248 gegen 180 Stimmen angenommen (vgl. CR 11/2003, S. 7).

Ungeachtet der substanziellen Zugeständnisse der Verhandlungsführer an die Opposition und der Aufnahme zusätzlicher Subventionen in das Gesetzespaket scheiterte die republikanische Strategie am hinhaltenden Widerstand der Demokraten im Senat, die beklagten, dass sie von den Verhandlungen weitgehend ausgeschlossen worden seien.

Der republikanischen Senatsführung war es zwar vor allem durch die drastische Aufstockung der Bundesförderung für Ethanolkraftstoffzusätze gelungen, eine Reihe von Demokraten aus Bundesstaaten mit starken Agrarinteressen wie *Minority Leader* Tom Daschle (S.D.) für einen Kompromiss zu gewinnen.

Im Gegenzug verloren sie allerdings an Unterstützung in den eigenen Reihen, zum einen weil republikanische Vertreter von Bundesstaaten im Nordosten die regionale Verteilung der Belastungen und Leistungen für inakzeptabel hielten. Zum anderen machten fiskalkonservative Senatoren wie John McCain (Ariz.) haushaltspolitische Einwände geltend.

Ein entscheidender Stolperstein bleibt der Umgang mit Produzenten von MTBE, die von Klagen ausgenommen werden sollen. Bei MTBE handelt es sich um einen Methyläther, der als Kraftstoffzusatz verwendet und für Grundwasserbelastungen in mehr als der Hälfte der Bundesstaaten verantwortlich gemacht wird.

Die Verhandlungsführer des Repräsentantenhauses verwiesen darauf, dass die Mehrheit für das Gesetzespaket im Repräsentantenhaus in Frage gestellt sei, wenn auf eine entsprechende Schutzklausel für MTBE-Produzenten verzichtet würde.

Ungeachtet der Niederlage, die auch durch den persönlichen Einsatz von Präsident Bush nicht abgewendet werden konnte, will die republikanische Parteiführung an der ausgearbeiteten Kompromisslösung festhalten.

Vorschläge, die nicht kontroversen Bestandteile in Einzelgesetzen oder in Form von Zusätzen zu den Ausgabenbewilligungen zu verabschieden, lehnte *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) allerdings ab. Frist will das Energiegesetz in der zweiten Sitzungsperiode des 108. Congress im kommenden Jahr erneut auf die Tagesordnung setzen.

5. Reform der Wahlkampffinanzierung verfassungskonform

Der *Supreme Court* hat Anfang Dezember 2003 die vom Congress im Frühjahr 2002 beschlossene Reform der Wahlkampffinanzierung (vgl. CR 4/2002, S. 1) mit 5:4 Stimmen für verfassungskonform erklärt und das Recht des Congress auf Neuordnung der Wahlkampffinanzierung im Rahmen des Reformgesetzes ausdrücklich bestätigt. Der Mehrheitsmeinung schlossen sich die Verfassungsrichter Stephen G. Breyer, Sandra Day O'Connor, Ruth Bader Ginsburg, David H. Souter und John Paul Stevens an.

Gegner des Gesetzes hatten die Verfassungsmäßigkeit des Verbots sogenannter *sham issue ads* von Interessengruppen kurz vor den Wahlen als Angriff auf den Grundsatz der Redefreiheit gewertet und Klage vor dem Obersten Gerichtshof erhoben.

Das Gericht unterstrich nun in seiner von John Paul Stevens und Sandra Day O'Connor formulierten Mehrheitsentscheidung, dass die Reform der Wahlkampffinanzierung nur eine „geringfügige Auswirkung“ auf die Redefreiheitsrechte (*First Amendment Rights*) hat.

Demgegenüber spricht Verfassungsrichter Antonin Scalia in seinem Sondervotum von einem „traurigen Tag für die Redefreiheit“, eine Position, der sich auch die Richter Anthony M. Kennedy, Clarence Thomas und William H. Rehnquist anschlossen.

Die Initiatoren des Reformgesetzes, die Senatoren John McCain (R-Arz.) und Russell Feingold (D-Wis.) sowie die Abgeordneten Martin T. Meehan (D-Mass.) und Christopher Shays (R-Conn.) werteten die Entscheidung des *Supreme Court* als einen großen Sieg für „das amerikanische Volk in seinem Bemühen um eine Reform seines politischen Systems“.

Die Gegner, zu denen so unterschiedliche Interessengruppen wie die *National Rifle Association* und die *American Civil Liberties Union* zählen, sprachen von einer „merklichen Veränderung“ mit Blick auf die *First Amendment Rights*.

6. John Breaux kündigt Rückzug aus dem Senat an

Senator John Breaux (D-La.) hat Mitte Dezember 2003 erklärt, er werde im kommenden Jahr nicht für eine Wiederwahl kandidieren.

Breauxs Rückzug aus dem Senat ist ein weiterer herber Rückschlag für die Bemühungen der Demokraten, 2004 die Mehrheit im Senat zurück zu gewinnen. Breaux ist nach John Edwards (N.C.), Robert Graham (Fla.), Ernest F. Hollings (S.C.) und Zell Miller (Ga.) der fünfte Südstaaten-Demokrat, der am Ende der 108. Legislaturperiode ausscheidet.

Breaux, ein profilierter Vertreter des konservativ-zentristischen Flügels seiner Partei, der zuletzt bei der Verabschiedung der *Medicare*-Zusatzversicherung (vgl. Punkt 1) eng mit Präsident Bush und den Republikanern im Congress zusammen gearbeitet hatte, galt als sicherer Amtsinhaber (*safe incumbent*), der keine Opposition fürchten musste.

Nach dem Ausscheiden Breauxs wird nun erwartet, dass die Senatswahlen 2004 in seinem Heimatstaat Louisiana zu den am härtesten umkämpften gehören werden.

Präsident Bush hatte den Staat in den Präsidentschaftswahlen 2000 für sich gewinnen können. Allerdings setzten sich die Demokraten zuletzt mit der Wahl der Senatorin Marie Landrieu und der Gouverneurin Kathleen Blanco (vgl. CR 11/2003, S. 9) knapp gegen die Republikaner durch.

Als potenzielle Bewerber für den Senatssitz gelten auf demokratischer Seite John Chris, ein enger politischer Vertrauter von Breaux, der dem Parlament von Louisiana angehört, sowie auf republikanischer Seite David Vitter, der ebenfalls Mitglied der *State Legislature* ist.

7. Al Gore unterstützt Nominierung von Howard Dean

Der frühere Vizepräsident und Präsidentschaftskandidat Al Gore hat sich Anfang Dezember 2003 überraschend für die Nominierung von Gouverneur Howard Dean (Vt.) in den anstehenden demokratischen Vorwahlen ausgesprochen.

Gore gab seine Entscheidung für Dean bei gemeinsamen Auftritten in Harlem (N.Y.) und Cedar Rapids (Iowa) am 9. Dezember 2003 bekannt und begründete seine Empfehlung dabei ausführlich.

Als Argumente für die Unterstützung Deans nannte Gore vor allem zwei Gründe: Zum einen Deans klare Opposition gegen Präsident George Bushs Irak-Krieg, zum anderen dessen Fähigkeit zur Mobilisierung der Parteibasis.

Gore hatte in den zurückliegenden Monaten ungeachtet seines Rückzugs aus der Washingtoner Politikszene in mehreren Reden die Innen- und Außenpolitik der Bush-Administration scharf kritisiert. Dean ist nach seiner Überzeugung der am besten geeignete Kandidat, um Bush 2004 zu schlagen.

In den ersten Reaktionen zeigten sich Deans Konkurrenten verblüfft und verärgert. Insbesondere Joe Lieberman (Conn.), der 2000 als Vizepräsidentenskandidat zusammen mit Gore angetreten war, machte aus seiner Enttäuschung keinen Hehl.

Lieberman und andere Kandidaten wiesen zudem darauf hin, dass Gore mit der Unterstützung Deans zugleich die gemäßigt-zentristische Neuausrichtung der Partei, die Bill Clinton zusammen mit dem Vizepräsidenten in den 1990er Jahren betrieben hatte, nun in Frage stellt.

Unbeschadet solcher Einwände hat die Unterstützung durch Gore für Dean eine enorme Bedeutung. Gore, der in den Wahlen 2000 immerhin 537.179 Stimmen mehr als George W. Bush erhalten hatte, gilt vielen demokratischen Parteianhängern als der eigentlich legitime Präsident.

Zudem ist Gore gegenwärtig der einzig prominente Demokrat auf nationaler Ebene, der sich auf einen Kandidaten festgelegt hat. Damit stärkt er Dean, der bisher als schwer einschätzbarer Außenseiter galt, erheblich, auch indem er Gerüchte erstickt, das Partei-Establishment werde sich in einer organisierten Aktion gegen den früheren Gouverneur Vermonts wenden.

Verschiedene Meinungsumfragen zeigen, dass Dean, der sich in den letzten Monaten bereits an die Spitze des Konkurrentenfeldes vorgearbeitet hatte, jetzt mit deutlichem Vorsprung in Führung liegt.

Bis Mitte Dezember 2003 stieg die Zustimmung zu Deans Kandidatur in Umfragen mehrerer Institute auf Werte zwischen 20 und 25 Prozent, gefolgt von General a.D. Wesley Clark (10-15 Prozent), Dick Gephardt und Joe Lieberman (um 10 Prozent) sowie John Kerry und den übrigen Kandidaten (unter 10 Prozent).

Mit der Übernahme der Favoritenrolle, die durch seine guten Aussichten unterstrichen wird, in den anstehenden Vorwahlen in New Hampshire und den Parteiversammlungen (*caucuses*) in Iowa erste konkrete Siege verbuchen zu können, muss Dean allerdings nun mit zunehmend scharfer Kritik seiner Konkurrenten rechnen.